

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Foto: Deutscher Bundestag/Janine Schmitz/photothek

## — Unser Entlastungspaket gegen steigende Energiepreise

### Unterstützung bei Wärme und Mobilität

Mit Putins Überfall auf die Ukraine ist ein Problem zur akuten Krise geworden: Die hohen Energiekosten stellen viele vor die Herausforderung, sich ein warmes Zuhause oder den täglichen Weg zur Arbeit kaum noch leisten zu können. Deshalb hat die Bundesregierung zwei Entlastungspakete geschnürt.

Bereits vor der Invasion am 24. Februar hat sich Energie verteuert, weil Russland die Lieferungen im Winter gedrosselt hatte. Schon damals haben wir daher etwa die Erhöhung der Fernpendlerpauschale, einen Heizkostenzuschuss bzw. eine Einmalzahlung und die Abschaffung der EEG-Umlage beschlossen. Seit dem 24. Februar sind die Preise jedoch noch einmal sprunghaft angestiegen.

Deshalb legen wir jetzt noch einmal nach. Wir führen eine **Energiepreispauschale von 300 Euro** für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbstständige ein, Familien profitieren von einem **Einmalbonus von 100 Euro pro Kind** beim Kinderfreibetrag. Im öffentlichen Personennahverkehr soll ein Monatsticket in den nächsten 90 Tagen nur **9 Euro pro Monat** kosten.

Das Grundproblem der Abhängigkeit von russischer Energie lösen wir durch den **beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien** und die Einrichtung von **Flüssiggas-Terminals**. Zudem wollen wir die **Aufsicht und die Regulierung der Märkte** stärken, damit Erleichterungen auch bei den Menschen ankommen.

Moin!

Der russische Vormarsch in der Ukraine steckt fest. Es zeigt sich, dass Wladimir Putin den Freiheitswillen, die Entschlossenheit und die technischen Möglichkeiten der Ukraine unterschätzt hat. Leider bedeutet das keine Entwarnung. Denn der russische Rückzug im Umland von Kiew hat offengelegt, dass russische Truppen wohl ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten in großer Zahl ermordet haben. Diese Gräueltaten machen uns umso entschlossener, mit Sanktionen den Druck auf Russland hoch zu halten und auf ein Ende dieses furchtbaren Angriffskrieges hinzuarbeiten.

Auch in Krisenzeiten laufen die normalen demokratischen Prozesse bei uns natürlich weiter. Mit starken 43,5% hat die SPD im Saarland die dortige Landtagswahl gewonnen und kann nach dem vorläufigen Endergebnis mit absoluter Mehrheit eine Landesregierung bilden. Herzlichen Glückwunsch an die designierte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger und die Genossinnen und Genossen an der Saar!

Was wir sonst noch aktuell im Bundestag und im Wahlkreis diskutieren, lest ihr in diesem Newsletter.

Ever 101's

# Finanzplanung bis 2026 beschlossen

## Zukunftsinvestitionen und solide Finanzen

Im März hat das Bundeskabinett sowohl den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 als auch die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanzplan bis 2026 verabschiedet. Damit ist jetzt klar, wie die Bundesregierung in den nächsten Jahren Prioritäten im Haushalt setzen möchte.

Die Corona-Pandemie hat auch große Lücken im Haushalt hinterlassen. Im Vergleich zum ersten Entwurf des Bundeshaushalts sind 26,7 Milliarden Euro an Mehrbelastungen durch die Corona-Pandemie hinzugekommen. Dennoch werden wir es schaffen, die

von der letzten Bundesregierung veranschlagte Nettokreditaufnahme von 100 Milliarden Euro einzuhalten.

Im Bundeshaushalt 2023 plant die Bundesregierung demgegenüber „nur“ noch eine Nettokreditaufnahme von 7,5 Milliarden Euro. Damit geht auch die Schuldenquote zurück.

In den Jahren 2023 bis 2026 wollen wir im Bundeshaushalt insgesamt über 200 Milliarden Euro für Investitionen bereitstellen. Das ist deutlich mehr als vor der Corona-Krise. Mit dem Geld sollen wichtige Zukunftsinvestitionen etwa beim Thema Klima-

schutz angeschoben werden. Die Investitionen in den Verkehr steigen bis 2026 auf rund 20,5 Milliarden Euro an. Dabei geben wir passend zu unseren Klimaschutz-Zielen mehr Geld für die Schiene als für die Straße aus.

Allerdings: Bei all diesen Planungen ist Putins Überfall auf die Ukraine noch unberücksichtigt geblieben. Deshalb bereitet die Bundesregierung derzeit einen zusätzlichen Nachtragshaushalt vor, der gleichzeitig mit dem Bundeshaushalt 2022 beraten werden soll. Den Nachtragshaushalt will die Bundesregierung am 24. April beschließen.



Foto: Deutscher Bundestag/Thomas Köhler/photothek

## HINTER DEN KULISSEN Das Lobbyregister ist online

### Informationen zu Einflussnahme stehen öffentlich bereit

Im vergangenen Jahr wurde bekannt, dass mehrere Abgeordnete der CDU und CSU in Maskendeals verstrickt waren oder sich der autoritären Regierung Aserbaidschans angedient hatten. In der Folge hat die CDU sich endlich bereit erklärt, unserer Forderung nach einem verpflichtenden Lobbyregister zuzustimmen, in dem sich Interessenvertreterinnen und -vertreter anmelden und Informationen offenlegen müssen. Seit dem 01. Januar 2022 ist das Lobbyregister online, seit Ende Februar ist eine Übergangsregelung abgelaufen. Zudem

müssen Interessenvertreter einem Verhaltenskodex zustimmen, bei Verstößen sind Sanktionen möglich.

Zum Redaktionsschluss gibt es gut 4000 Einträge im Lobbyregister, die Zahl steigt allerdings stetig. Nur ein kleiner Teil, derzeit rund 250 Einträge, sind natürliche Personen, etwa einzelne Sachverständige oder PolitikberaterInnen. Beim Gros handelt es sich um juristische Personen, also um Branchenverbände, Gewerkschaften, Unternehmen oder engagierte Nichtregierungsorganisationen.

Nach den Angaben im Lobbyregister üben derzeit 11.139 Beschäftigte unmittelbar die Interessenvertretung aus. Sie sind tätig für oft kritisierte Branchen wie die Rüstungsindustrie, aber auch Gruppen wie den Snowboard-Verband Deutschland oder die Deutsche Studiengesellschaft für Straßenmarkierungen. Interessenvertretung gehört zur Demokratie dazu! Aber sie muss transparent sein.

Ihr findet das Lobbyregister online unter **[www.lobbyregister.bundestag.de](http://www.lobbyregister.bundestag.de)**





# So reagieren wir auf den Angriffskrieg

## Hilfen und Sondervermögen für die Bundeswehr

Die Ukraine kämpft nach wie vor gegen die russische Aggression. Wie ich euch schon im letzten Newsletter berichtet habe, hat Deutschland als Reaktion auf Putins Überfall der Lieferung von Waffen zugestimmt. Das betrifft „Stinger“- und „Strela“-Luftabwehrraketen, Helme sowie Haubitzen aus Beständen der DDR-Streitkräfte. Zudem unterstützen wir unsere östlichen Verbündeten, die sich unmittelbar bedroht sehen, mit der Verlegung von Bundeswehrtruppen etwa nach Litauen.

Mittlerweile sind wohl deutlich über 300.000 geflüchtete Ukrainerinnen

und Ukrainer in Deutschland eingetroffen. Die tatsächliche Zahl kann höher sein, da keine Registrierungspflicht bei der Einreise besteht. Sie benötigen Unterkünfte und Versorgung. Unsere Kommunen in Oldenburg und im Ammerland leisten hier viel.

Wie Olaf Scholz bereits am 27. Februar angekündigt hat, schaffen wir zudem ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, um die Bundeswehr für die Landes- und Bündnisverteidigung zu ertüchtigen. Im Klartext: Es geht darum, dass Deutschland seinen Beitrag leisten kann, um die östlichen

Nato-Partnerstaaten vor weiteren russischen Aggressionen zu schützen. Derzeit verhandeln wir noch mit CDU und CSU, denn für das Sondervermögen benötigen wir eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit.

Zudem hat uns das schockierende russische Bombardement ukrainischer Städte vor Augen geführt, dass Deutschland derzeit nicht adäquat vor Raketenangriffen geschützt ist. Daher erwägt die Bundesregierung derzeit, einen Raketenschutzschirm zu kaufen. Die diesbezüglichen Gespräche sind allerdings noch nicht abgeschlossen.



Foto: Helga Ewert/pixelio.de

## CORONA-PANDEMIE

# Bonus für Pflegekräfte kommt

## Zuschuss zum Gesundheitsfonds beschlossen

Wer eine Pandemie bekämpfen will, darf notwendige Ausgaben und Investitionen nicht scheuen. Für die Abfederung der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stellt der Bund nun erneut erhebliche Mittel bereit.

Um beispielsweise Bürgertests, Arzneimittel und Schutzmasken zu finanzieren, stehen für den Gesundheitsfonds 21,7 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung – neben dem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 14,5 Milliarden Euro. Zudem stabilisieren wir die Beiträge zur gesetzlichen

Krankenversicherung und entlasten so die Versicherten.

PflegerInnen leisten in der Pandemie Außergewöhnliches. Ihre Arbeit verdient Respekt, der sich auch im Portemonnaie bemerkbar machen muss. Sie erhalten daher einen Pflegebonus, um ihren Einsatz zu würdigen. Dafür stellt der Bund eine Milliarde Euro zur Verfügung.

Was heißt das konkret? 1,5 Millionen Beschäftigte sollen von dem Bonus

profitieren. Beschäftigte in der Intensivpflege bekommen dabei den 1,5-fachen Bonus. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach schätzt, dass Fachkräfte etwa 1700, Intensivpflegekräfte etwa 2500 Euro erhalten werden. Beschäftigte in der Altenpflege sollen den Bonus in dreistelliger Höhe erhalten.

Diese Eckdaten hat nun die Bundesregierung beschlossen. Als Nächstes beraten wir die Ausgestaltung im Parlament. Ich setze darauf, dass der Bonus zügig ausgezahlt wird.



Foto: Rainer Sturm/pixelio.de



## Besuch auf Hof Hilbers in Oldenburg-Etzhorn

### Gespräch zu Familienbetrieben

Im März habe ich den landwirtschaftlichen Familienbetrieb von Hans-Gerd Hilbers in Oldenburg-Etzhorn besucht, den die Familie Hilbers seit 500 Jahren betreibt. Heutzutage hat die Familie um Hans-Gerd und Christian Hilbers rund 160 Milchkühe, die noch per Hand gemolken werden.

Vielen Oldenburgerinnen und Oldenburgern wird der Name Hilbers durch die Alte Brennerei ein Begriff sein. Bis 2004 wurde hier Alkohol gebrannt, seitdem ist die Alte Brennerei künstlerische Heimat für Kulturschaffende aus der Region und für Besucherinnen und Besucher geöffnet.

Bei einem Gang über den Hof haben wir über die Arbeitsweisen und die Zukunft konventioneller Bauernhöfe in Familienwirtschaft gesprochen. Wenn wir über nachhaltige Landwirtschaft diskutieren, müssen wir eben auch über kleinere Betriebe sprechen, von denen wir bei uns in der Region besonders viele haben. Wir brauchen eine solide Grundlage für traditionelle Höfe – deswegen fand ich den direkten Austausch sehr informativ. Wir haben auch über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine gesprochen, die auch in der heimischen Landwirtschaft zu spüren sind.



Sie will auch in den nächsten fünf Jahren Oldenburg stark in Hannover vertreten: Mit 100 Prozent der Stimmen ist **Hanna Naber** von der SPD Oldenburg erneut zu unserer Kandidatin für den Landtagswahlkreis Oldenburg-Nord/West bestimmt worden, den sie bereits bei der letzten Landtagswahl mit starken 43% der Erststimmen gewinnen konnte.

Im Landtag kämpft Hanna mit Leidenschaft für Inklusion und soziale Teilhabe. Als kulturpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion steht sie dafür, die Kultur auch finanziell gut auszustatten. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf und wünsche Hanna erneut viel Erfolg!

## Diese Corona-Regeln gelten jetzt in Niedersachsen

### Weiterhin vernünftig bleiben!

Mit der Neufassung des Infektionsschutzgesetzes sind mittlerweile auch bei uns in Niedersachsen die meisten Corona-Regeln ausgelaufen. In der Gastronomie, dem Einzelhandel usw. gelten keine Maskenpflicht oder 3G-Regeln mehr. Auch private Zusammenkünfte sind wieder uneingeschränkt erlaubt. Natürlich gilt aber auch hier: Die Pandemie ist nicht vorbei! Überall dort, wo sich Menschen in Innenräumen drängen, sollte eine FFP2-Maske getragen und auf Abstand und Hygiene geachtet werden.

Verpflichtend sind Tests noch in Schulen und Kindergärten, Masken in Kranken- und Pflegeeinrichtungen, in Arztpraxen und im öffentlichen Nahverkehr. Auch in Fernzügen und im Flugzeug gilt die Maskenpflicht.

Als Bund haben wir den Ländern zudem die Möglichkeit gegeben, schärfere Regeln wieder einzuführen, wenn die Infektionszahlen stark steigen oder neue Virusvarianten auftreten. Dazu gehören Maskenpflicht und Testnachweise.

### DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

#### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)  
f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)